

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

Neue Wohnformen im Immobilienbestand entwickeln, Gewerbegebäude und öffentliche Liegenschaften umnutzen

Bremens integrative und integrierte Stadtentwicklungspolitik verfolgt das Ziel, mit baulichen, sozialen und gesellschaftlichen Maßnahmen und Angeboten die Wohnquartiere und Stadtteile zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Mit der Förderung von bezahlbarem Wohnraum soll der sozialen Entmischung der Stadtgesellschaft entgegengewirkt werden. Eine Forcierung des Wohnungsbaus insgesamt, geförderter sozialer Wohnungsbau, der Bau barrierefreier und auch für Einwohnerinnen und Einwohner mit mittlerem und geringem Einkommen bezahlbarer Wohnungen, der erneute Aufbau einer Neubauabteilung der GEWOBA sowie Architekturwettbewerbe wie „Ungewöhnlich Wohnen“ und „Ungewöhnlich weiter Wohnen“ zur Sanierung und Ergänzung des Wohnungsbestands sind Schlüsselemente dieser Politik. Dazu gehört auch die Schaffung flexibel nutzbarer Wohnangebote: Wohnungen, die sich verschiedenen Lebenssituationen ihrer Eigentümer und Mieter anpassen lassen, Wohnungen für junge Erwachsene in Gruppen oder als Singles, Wohnungen für generationenübergreifende Familien-, Haus-, Hof-, Quartiers- und Straßengemeinschaften, Kombinationen für Wohnen und Arbeiten. Die Situation am Finanz- und Immobilienmarkt gibt auch jungen Menschen, die sich am Berufsbeginn befinden, Gelegenheit zum Erwerb und Entwicklung von Wohneigentum.

Die Innenstadt und die Quartiere Bremens können sich aufgrund des demografischen Wandels, wegen Veränderungen im Einzelhandel durch zunehmende Onlineeinkäufe und durch weitere wirtschaftliche und soziale Einflüsse erheblich verändern. Für besondere Wohnformen geraten schon jetzt oft ungenutzte Gewerbeimmobilien und öffentliche Liegenschaften in den Blick: Geschäftshäuser, Verwaltungs- und Versorgungsgebäude, Ensembles, Industriebrachen und nicht zuletzt Büroleerstand in den Stadtteilen, auch in der Innenstadt. Bremen will diese Potenziale für die Schaffung von neuem, flexiblem und zeitgemäßem Wohnraum in attraktiven, gemischten Stadtteilen nutzen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. zu ermitteln und zu prüfen, ob, wo und wie die Umnutzung von privaten Gewerbeimmobilien zur Wohnnutzung in Bremen weiterentwickelt werden kann.
2. zu ermitteln, welche zu vermarktenden Gebäude und Liegenschaften in bremischem Besitz für die Umnutzung in Wohnraum geeignet sein könnten und zu skizzieren, wie diese auch unter sozialen Gesichtspunkten vermarktet werden könnten.
3. dafür gegebenenfalls die planungsrechtlichen Voraussetzungen durch Änderungen bestehender Bebauungspläne zu schaffen.
4. beispielhaft „best-practice“-Projekte in architektonischer und technischer Hinsicht zu Umnutzungen von Gewerbeimmobilien – insbesondere für Wohnraum, der auch für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen bezahlbar ist sowie für besondere Wohnformen – zu sammeln und öffentlich zu kommunizieren.

5. zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie Bremen besonders an junge Bevölkerung sowie freie Initiativen und Träger gerichtete Informationen in den vorhandenen Beratungsstrukturen anbieten kann, die sich für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Bauen in flexiblen, altersgerechten, barrierefreien, ökologischen, energetisch sanierten und/oder mit Arbeiten kombinierten Wohnformen interessieren.
6. über die Ergebnisse im ersten Quartal 2014 der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie zu berichten und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Carsten Werner, Susanne Wendland, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Pohlmann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD